Kontroverse um ökonomische Allgemeinbildung

DVPB-Bundesvorstand bezieht Position

Bielefeld/Hannover. Die Debatte um eine angemessene Ausgestaltung der ökonomischen Dimension gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts in Didaktik und Schulcurriculum ist in den zurückliegenden Monaten facettenreicher und differenzierter geworden: Positionen und Gegenpositionen bekommen zwar Konturen, aber die Kontroversen bleiben vorerst im Bereich wissenschaftlicher und verbandlicher Statements. Bildungspolitische Konsequenzen sind bislang nicht erkennbar.

Neuerlicher Auslöser der Diskussion um ein selbstständiges Unterrichtsfach Wirtschaft an allgemeinbildenden Schulen sind zwei Gutachten zu Bildungsstandards und zu Standards in der Lehrerbildung von vier Professoren der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftsdidaktik aus dem Oktober 2010 (H-C. Jungeblod/B. Remmel/T. Retzmann/G. Seeber; siehe POLIS 4/2010, S, 4-5). Diese Gutachten waren vom Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft in Auftrag gegeben worden. Bereits im November 201O haben fünf andere Professoren einer „Initiative für bessere ökonomische Bildung" dann in einer Kurzexpertise sehr kritisch zu diesen Gutachten Stellung genommen (R. Hedtke/G. Famulla/B. Fischer/B. Weber/B. Zurstrassen: Für eine bessere ökonomische Bildung. Bielefeld. Dezember 2010; im Internet unter: www.iboeb.org). Vielleicht kann man die Kontroverse vereinfacht auf die Formel bringen: „eigenständiges fachliches Ökonomie-Lernen" versus „Ökonomie als integraler Bestandteil sozialwissenschaftlicher Bildung".

Die Initiative für eine bessere ökonomische Bildung (iböb) wirft dem Konzept der Wirtschaftsverbände insbesondere vor, eine veraltete Vorstellung vom Lernen zu vertreten und extrem wenig dazu beizutragen, reale wirtschaftliche Probleme zu bewältigen. Es falle hinter den Stand der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zurück und sei wissenschaftlich und politisch einseitig. „Die Wirtschaftsverbände propagieren ein Pflichtfach Ökonomie und legen dafür eine fachwissenschaftlich, fachdidaktisch, methodisch und pragmatisch defizitäre Konzeption vor. Ein Fach Ökonomie nach den Vorstellungen der Wirtschaftsverbände ist nicht sinnvoll, da es wesentliche Qualifikationskriterien ökonomischer Bildung nicht erfüllt", schriebt die iböb. Und die Initiative setzt sich nachdrücklich für einen wissenschaftlichen und politischen Pluralismus in der ökonomischen Bildung ein.

Ein wichtiges Anliegen des Gegengutachtens ist es, in die ökonomische Bildung wirklichkeitsbezogen die Wirtschaftswelten und Alltagssituationen von real existierenden Konsumentinnen, Berufswählerinnen, Auszubildenden, Erwerbstätigen, Unternehmerinnen und Anlegerinnen einzubeziehen. Ökonomische Fragen sollen in gesellschaftliche, politische und kulturelle Kontexte eingebettet werden.

Aber auch die Argumentation der Kurzexpertise ist in Fachkreisen nicht ohne Kritik geblieben. So hat die Honorarprofessorin für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum Dr. Annette Kammertöns in einem bislang unveröffentlichten Manuskript die Auffassungen des iböb-Gegengutachtens als „schwer nachvollziehbare Kritik" bezeichnet; es müssten von dieser Seite nicht nur allgemein gehaltene, sondern konstruktivere Vorschläge zur Unterrichts- und Fachgestaltung gemacht werden.

Im Februar 2011 hat nun der Bundesvorstand der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung eine Stellungnahme veröffentlicht, die unhintergehbare pädagogische und didaktische Kriterien in dieser Auseinandersetzung markiert und sich weitgehend der Kurzexpertise in der Kritik an den beiden Gutachten anschließt (siehe den Text auf der nächsten Seite). *vO*

Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) zum Gutachten „Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen" des Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft (Oktober 2010, Autoren: Thomas Retzmann, Günther Seeber, Bernd Remmele, Hans-Carl Jongebloed)

Das Gutachten ist ein Beitrag zur Diskussion um ökonomische Bildung. Es knüpft an die neueren Ansätze um Kompetenzen und Bildungsstrukturen an, ist sprachlich elegant formuliert und formal ansprechend. Trotzdem lehnt die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) das Gutachten ab. Einige Gründe dafür sind:

Die DVPB hebt hervor, dass das Verbändegutachten keinen allgemeinbildenden Unterricht im Auge hat. Stattdessen wird eine einzige Perspektive – die der nutzenkalkulierenden Ökonomie mit ihrem Effizienzkriterium – auf einen einzigen Gegenstand – nämlich wirtschaftliche Situationen – angewandt. Behauptet wird, dass damit nicht nur der Kompetenzbereich Entscheidung und Rationalität (gemeint ist lediglich Zweckrationalität) des Einzelnen, sondern auch die Kompetenzbereiche Beziehung und Interaktion sowie Ordnung und System angezielt würden. Die sozialen Beziehungen werden auf ökonomische Austauschbeziehungen reduziert, die politische Ordnung wird lediglich ökonomisch aus einer einzigen Perspektive beurteilt und gestaltet (die umgekehrte Blickrichtung fehlt übrigens).

Die Engführung in dem Gutachten überlässt die schwierigste Bildungsaufgabe den Lernenden, nämlich die unterschiedlichen Sphären von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in einem Zusammenhang zu sehen und wechselseitig zu beurteilen. Dies macht aber einen Kern von Allgemeinbildung, die für alle Schüler und Schülerinnen zu fordern ist, aus. Zwar werden in dem Gutachten große Begriffe der philosophischen und pädagogischen Tradition benutzt (Mündigkeit, Tüchtigkeit, Verantwortung), sie werden aber in kleiner Münze geliefert und werden den normativen Ideen inhaltlich nicht gerecht.

Die Engführung in dem Gutachten legt die Erklärung durch die Interessen der Auftraggeber des Gutachtens nahe. Ihre Sicht der Dinge schlägt sich in dem Gutachten nieder. Verblüffenderweise fehlt in dem aktuellen Gutachten jeder Hinweis auf die Finanzkrise und ihre andauernden Folgen. Das Versagen globaler Akteure und Instanzen, das Fehlen internationaler Regulierungen, die Hilflosigkeit der Wirtschaftswissenschaften – solche Aspekte spielen in diesem Entwurf einer von den Auftraggebern als „besser" apostrophierten ökonomischen Bildung keine Rolle. Auf welche Realität bezieht sich eine solche didaktische Akzentuierung?

Ökonomische Bildung ist ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung! Wenn sie ihren spezifischen Beitrag zu einem besseren Verständnis der gesellschaftlichen Realität und einer reflektierten und selbstbestimmten Mitgestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens einlösen können soll, darf sie ihr Curriculum aber nicht monodisziplinär aus den Wirtschaftswissenschaften ableiteten. Vor allem muss sie diejenigen Grundsätze und Leitideen anerkennen, die für das Selbstverständnis aller etablierten gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichtsfächer konstitutiv sind, weil ihre Berücksichtigung auf Ebene des Unterrichts der Logik der freiheitlich demokratischen Grundordnung entspricht und eine zentrale Voraussetzung für deren Fortbestehen und Weiterentwicklung darstellt.

Insbesondere

- müssen kontroverse Sichtweisen (aus Gesellschaft und/oder Wissenschaft) auf einen Unterrichtsgegenstand einbezogen werden,
- ist zu berücksichtigen, dass wissenschaftliche Theorien bzw. Modelle (neben einem Verständnis ihrer inneren Logik) von den Lernenden immer auch auf ihre spezifischen Annahmen und ihre Reichweite zu prüfen sind und
- ist anzuerkennen, dass die pädagogische Zielperspektive der Mündigkeit auch und gerade impliziert, dass sich die Beurteilung gesellschaftlicher Realität (oder ihrer wissenschaftlichen Deutung) durch die Lernenden ergebnisoffen vollzieht und hinsichtlich ihrer Richtung einzig und allein den normativen Leitlinien zu unterwerfen ist, die mittels der vom Grundgesetz garantierten Grundrechte gesetzt werden.

Eine ausführliche inhaltliche Kritik am Gutachten „Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen" wird durch die Kurzexpertise „Für eine bessere ökonomische Bildung!" geleistet (November 2010, Autoren: Reinhold Hedtke, Gerd-E. Famulla, Andreas Fischer, Birgit Weber, Bettina Zurstrassen).

Hannover, den 11.02.2011

Für den Bundesvorstand der DVPB

Prof. Dr. Dirk Lange
(Bundesvorsitzender)
Prof. Dr. Sibylle Reinhardt
(2. Bundesvorsitzende)
Dr. Thomas Simon
(2. Bundesvorsitzender)
Marga Kempe
(Schatzmeisterin)

„Praxisforschung nutzen – Politische Bildung weiterentwickeln"

Bildungspraxis, Forschung und Politik im Dialog

Berlin. Demokratie braucht politische Bildung – so lautet die Kampagne, die der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) im Sommer 2010, angesichts bedenklicher Weichenstellungen der Sparpolitik, startete und die mittlerweile vielfältige Unterstützung findet. Der Konsens über die Notwendigkeit dieser Bildungsaufgabe ist breit verankert, die fachliche Debatte zu ihrer Umsetzung wird, gerade in der außerschulischen Szene der Jugend- und Erwachsenenbildung, intensiv geführt. Mangelware ist dagegen, wie jetzt eine Fachtagung am 14./15. Dezember 2010 in Berlin belegte, die systematische Nutzung empirischer Bildungsforschung für die Qualitätssicherung und Fortentwicklung der pädagogischen Praxis. Um hier Abhilfe zu schaffen hatte der bap vor zwei Jahren, gemeinsam mit dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) und gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Forschungsprojekt „Praxisforschung nutzen – Politische Bildung weiter entwickeln" in Gang gesetzt. Ziel des Projekts, das von der Erziehungswissenschaftlerin Dr. Helle Becker (Essen) geleitet wurde, war die Gewinnung und Nutzbarmachung empirischer Erkenntnisse für die außerschulische politische Bildung.

Die gut besuchte Fachtagung brachte Wissenschaftler, Praktiker und Bildungsverantwortliche ins Gespräch, an dem sich auch Vertreter aus Politik und Verwaltung, so aus dem Bundeministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) oder dem Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), beteiligten. Der Präsident der Bundeszentrale, Thomas Krüger, betonte dabei die Notwendigkeit, dass Bildungsarbeit als Anwalt eines zivilgesellschaftlichen Bedarfs an Diskussions-, Konsultations- und Mobilisierungsforen offensiv agieren müsse. Worin dieser Bedarf im Einzelnen besteht, welche Motive bei der (Nicht-)Teilnahme eine Rolle spielen, wie von der Politik abgeschreckte Bevölkerungskreise aus der Reserve zu locken sind und welche Wirkungen sich in dem

breiten Veranstaltungsspektrum der experimentierfreudigen außerschulischen Bildung erzielen lassen, war zentraler Gegenstand des bap-Forschungsprojekts wie des Fachgesprächs in Berlin.

Helle Becker machte dabei deutlich, dass die Vorstellung von zielstrebig herstellbaren Bildungsresultaten an der Realität der Bildungspraxis vorbeigeht – und dass sie auch im Widerspruch zum Leitbild des mündigen Aktivbürgers steht. Die politische Bildungsaufgabe ist nicht an einem Output zu messen, aber sie ist zweifellos wirkmächtig, wie sich oft in der lebensgeschichtlichen Reflexion zeigt: Politische Bildung kann in biographisch passenden Situationen entscheidende Anstöße geben, sie kann Lust auf Veränderung machen – nicht nur im Blick auf konkrete Vorgänge und Vorhaben, sondern auch beim Selbstkonzept der Teilnehmer, die sich auf einmal als kompetente oder gefragte Akteure erleben. Das „Interesse am Neuen" ist demnach ein wichtiges Teilnahme-Motiv, das gerade die innovationsbereite Jugend- und Erwachsenenbildung wecken oder aufgreifen kann.

Die Diskussion der Ergebnisse wurde in Berlin mit der generellen Frage nach einem zeitgemäßen Theorie-Praxis-Verhältnis verbunden. Wichtig sei, so der Konsens, ein hierarchisierendes Verhältnis von Anweisung oder Zulieferung, aber auch die Vorstellung administrativ angeordneter Kontrolle zu überwinden, um zu einer wirklichen Zusammenarbeit zu gelangen. Auf der Tagung wurden dazu viele Anregungen gegeben und auch weitere Forschungsvorhaben, so von Prof. Achim Schröder (Darmstadt) und Prof. Helmut Bremer (Duisburg-Essen), vorgestellt. Für einen Forscher-Praktiker-Dialog ist, wie das bap-Projekt erbrachte, auf Seiten der Bildungspraxis durchaus Anschlussfähigkeit gegeben, denn hier existiert ein breites Bemühen um Dokumentation und Reflexion der eigenen Tätigkeit. Lothar Harles, Vorsitzender des Bundesausschusses, hielt daher in seinem Überblick fest, dass das Projekt, dessen Ergebnisse Anfang 2011 veröffentlicht werden, einen wichtigen Beitrag dazu leisten könne, die „verborgenen Schätze" der Praxisforschung zu heben.

Kontakt: bap-Geschäftsstelle, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel. 030/40040100, E-Mail: info@adb.de, Homepage: www.bap-politischebildung.de.

bap

Kuratorium der Bundeszentrale fordert Stopp der Kürzungen für die Politische Bildung

Berlin. Mit einer Entschließung mit dem Titel „Demokratie braucht politische Bildung" vom 24. Februar 2011 hat das Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) die Bundesregierung aufgefordert, im Entwurf des Bundeshaushalts 2012ff. auf die geplanten Kürzungen im Bereich der politischen Bildung zu verzichten. Der Appell des Kuratoriums richte sich auch an die Bundestagsabgeordneten im Haushaltsausschuss. Stärkung nicht Schwächung der politischen Bildung liege im ureigensten Interesse der Politik. Denn Demokratie als „offenste und menschenfreundlichste aller Staatsformen" müsse tagtäglich neu gelehrt und gelernt, gestaltet und bewahrt werden.

Mit dieser Entschließung reagiert das Kuratorium auf die empfindlichen Kürzungen bei der bpb im Haushaltsjahr 2011 und die Kürzungsansätze in den Folgejahren. Mit einer Fortsetzung dieser Kürzungsmaßnahmen in den kommenden Jahren drohe dem gesamten Netzwerk der politischen Bildung eine Zerreißprobe. Über 400 freie Einrichtungen erhalten zurzeit aus dem Haushalt der bpb substanzielle Fördermittel für ihre laufende Bildungsarbeit. Sie wären damit unmittelbar von den Kürzungsvorhaben betroffen. Der Bildungsbereich ist von allen Sparmaßnahmen ausgenommen und wurde 2011 sogar um 7,2 Prozent erhöht. Dazu sollte auch Bildung für politische Teilhabe gehören.

Im Kuratorium der bpb sind alle Fraktionen des Deutschen Bundestages vertreten. Es besteht aus 22 Bundestagsabgeordneten. Den Vorsitz hat Ernst-Reinhard Beck, CDU/CSU, inne. Seine Stellvertreterin ist Daniela Kolbe, SPD. Nähere Informationen sowie der Text der Erklärung unter: http://www.bap-politischebildung.de/DE/2856/Aktuelles.php.

bap

Thomas Goppel will Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing werden

München. Die renommierte Akademie für Politische Bildung am Starnberger See sucht einen neuen Direktor. Der bisherige Amtsinhaber – Prof. Dr. Heinrich Oberreuter – ist im Hauptamt Professor für Politikwissenschaft an der Universität und geht zum Herbst 2011 in Ruhestand. In der Ausschreibung hieß es: „Gesucht wird eine angesehene, in Forschung und Lehre ausgewiesene Persönlichkeit." Kurz vor Bewerbungsschluss hat sich ein bekannter Politiker in die Reihe der 31 Bewerberinnen und Bewerber eingereiht.

Dr. Thomas Goppel, Sohn des ehemaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel, war nahezu 40 Jahre Mitglied der Landtags, 15 Jahre in verschiedenen Ministerämtern Mitglied der Landesregierung und zwischen 1999 und 2003 auch Generalsekretär der CSU. Bei der letzten Kabinettsbildung wurde er nicht mehr berücksichtigt. Aus den Reihen der Opposition im Landtag wurde die Bewerbung kritisiert; Goppel habe keinerlei wissenschaftliche Verdienste und suche sich lediglich ein „Austragsstüberl". Die Süddeutsche Zeitung kommentierte dies: „Tatsächlich hat Goppel keine Qualifikation in Forschung und Lehre vorzuweisen, aber dies ist laut Akademiegesetz auch nicht zwingend vorgeschrieben." (SZ v. 28.02.11)

vO

Dr. Thomas Goppel, geb. 1947, von 2003 – 2008 Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst